

Kampftrommel

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampftrommel“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verkaufs-Geschäftsstelle für den Bezirk Halle-Merseburg: 65m55, Halle, Derscherstraße 14.

Bezugspreis: 12 Pfennig für den Kassenhalter, 20 Pfennig für Kassierer im Zeitlohn. Manuskripte zu richten nach Halle, Derscherstr. 14. Tel. 2104, 21047, 22251. Telegramm-Adresse: Kampftrommel. Halle. Kontoführer: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachnummer: Leipzig 1008 48 Fritz Reub. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 14. September 1926

6. Jahrgang + Nr. 216

Bewerkschaftsführer als Einseitiger der Großen Koalition

Silverberg, der Triumphator

Zwei Parteien jagen nach Ministerstellen

Halle, 14. September.

Während die Herrschaft des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden gelangt hatte, ist es in den letzten Tagen dem Deutschen nicht ruhig geblieben. Durch den Mund der Gewerkschaften Silverbergs wurden Forderungen erhoben, die in der Mitleide ihrer Wirtschaft, in der Politik, Ministerien und so. Herr Silverberg war seine Angeln aus. Er überbot die SPD mit seinem Angebot, natürlich unter der Bedingung, die Nationalisierungsoffensive gegen die Arbeiterschaft weiterzuführen, die Sozialpolitik weiter abgebaut und das Unternehmertum mehr noch wie bisher die Fäden in der Hand behalten zu lassen. Die Antwort dieses Angebotes ließ nicht lange auf sich warten. Die Deutschnationalen versicherten auf ihrem Jahrestag in Köln immer und immer wieder, daß sie bereit seien, die Nationalisierungsoffensive in der Regierung zu übernehmen. Schlangenergebnisse, der auf dem nächsten Jahrestag der Deutschnationalen selbst eigens ein Referat, das lediglich auf den Tenor abgemessen war: „Heran an den Staat!“, „Heran an den Staat!“

Man hätte sich wohl etwas wegen des Wählerbundes, aber es verriet, daß man alle internationalen Verträge respektieren wird und daß man, wenn man in der Regierung ist, nicht daran denkt, eine nationalisierungsfeindliche Politik zu betreiben. Das Rennen nach den Ministerstellen, die Jagd der Deutschnationalen, in der Regierung unterzukommen, unter Preisgabe dessen, was man früher einmal in Programmpunkten versprochen hatte, wird wirksam ergänzt durch die Politik der führenden SPD- und Gewerkschaftsführer, nachdem die Silverbergs heraus war. Jeden Tag gibt es neue Bemerkungen, die man selbst am besten in der Lage ist, zu beurteilen, die den Schwereindustrie zu erfüllen. Ein Kontrast zu den anderen aus. Wenn die Deutschnationalen auf ihrem Jahrestag sich kritischer als das Zentrum gebärden und dadurch Beweis liefern wollen, daß das Zentrum nur mit den Deutschnationalen in Schlußfragen zusammengehen könne, wenn aus den Nationalisierungsmaßnahmen Wählerbündnisse gebildet sind, so ist es die SPD, die in folgenden Bemerkungen, daß man sich für die Nationalisierungsmaßnahmen zu erklären, die prominentesten Gewerkschaftsführer versichern nicht nur ihre Freundschaft für die Große Koalition, sondern auch in der Regierung beifälligen Sozialdemokraten bemühen sich, Beweis zu erbringen, daß sie wirklich im Sinne des Unternehmertums vollkommen zuverlässig sind. Mit einer Schamlosigkeit, die in der Geschichte der preussischen Regierung Braunkohl mit den Sozialdemokraten und erdringt dadurch den Beweis, daß alle sozialdemokratischen Schwärze: „Keinen Pfennig den Nationalisierungsmaßnahmen zuwenden, die die Arbeiter in der Sozialdemokratie in Anspruch genommen haben, sondern daß diese die Schwärze irgendwie verpackt zu führen. Silverbergs die Verdienste der SPD in den ersten Jahren nach der Revolution, und schon bewies Severing durch seinen Nostris-Erlass, daß die gleichen Zeiten durchaus widerstehen können, wenn man von der Gewerkschaft gewirkt wird.

Der Gewerkschaftliche Silverberg, einer der Manager des Reichsverbandes der deutschen Industrie, kann es sich leisten, abzuwarten, was er heute an sich heranziehen zu lassen. Der treueste wird von Herrn Silverberg mit Regierungspositionen betraut werden. Die Gewerkschaft triumphiert. An ihrer Angel zappeln zwei Parteien, die sich um die Gunst der Großen Koalition bemühen.

Es ist zu erwarten, daß sozialdemokratischen Arbeiter dies von dem politischen Ansehenslosigkeits betrachten. Aber es wäre zu wünschen, daß sie hoffnungslos beiseite stehen und darauf verzichten, den Kampf gegen die Nationalisierungsmaßnahmen aufzunehmen. Im vorigen Winter haben die sozialdemokratischen Arbeiter zusammen mit den kommunistischen Arbeitern die Große Koalition verhindert. Das war ein Anfangsversuch, der es ermöglichte, den Volkswillen in die Wege zu leiten. Soll heute diese Gunst durch den Gewinn von Ministerstellen wiederhergestellt werden, daß es den SPD-Anhängern gelingt, in der Großen Koalition unterzukommen? Nein, niemals! Aber es gibt nicht nur, den Angriff auf die Arbeiterschaft, der in den Nationalisierungsmaßnahmen der SPD, zum Ausdruck kommt, abzuwarten, der es ermöglichte, den Volkswillen in die Wege zu leiten. Soll heute diese Gunst durch den Gewinn von Ministerstellen wiederhergestellt werden, daß es den SPD-Anhängern gelingt, in der Großen Koalition unterzukommen? Nein, niemals! Aber es gibt nicht nur, den Angriff auf die Arbeiterschaft, der in den Nationalisierungsmaßnahmen der SPD, zum Ausdruck kommt, abzuwarten, der es ermöglichte, den Volkswillen in die Wege zu leiten.

Leipziger als Gast auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Wie das „Berliner Tageblatt“ nachträglich mitteilt, hatte das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie den ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipziger, zur Dresdener Tagung eingeladen. Leipziger hat in unmittelbarer Nähe Silverbergs die Rede mit „Nächtlicher Befriedigung“ angehört. Es war das erstemal, daß ein Vertreter der Gewerkschaften an einer Tagung des Reichsverbandes teilgenommen hat.

Durch diese Mitteilung wird nicht nur bestätigt, daß Silverbergs Rede eine wohlüberdachte, politische Aktion des Reichsverbandes war, sondern es geminnen nachträglich alle Meldungen von Geheimverhandlungen über eine neue Arbeitsgemeinschaft erhöhte Wahrscheinlichkeit. Leipziger mußte, zu welchem Zweck er nach Dresden befohlen wurde, und die Herren vom Reichsverband wußten, wie die Führer des ADGB zu der Einladung stehen.

Die Unterredung zwischen einem Redakteur des „Vorwärts“ und Theodor Leipziger über die Tagung des Reichsverbandes in Dresden, die auch das getragene „Tageblatt“ veröffentlicht, bemerkt weiter, daß die maßgebenden Gewerkschaftsführer alles in Szene setzen, damit die Große Koalition zustande kommt.

Mit beiden Füßen in der Koalitionspolitik

Auf der Dresdener Industriellen Tagung hat Silverberg die besonderen Verdienste Goerbs und Regiens hervorzuheben und an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer eine eindringende Bitte gemacht. Die Nachfolger Regiens, die heute vom Bundesvorstand des ADGB, bemühen sich jetzt, zu beweisen, daß sie würdige Nachfolger des Arbeitsgemeinschaftsführers Regien sind und den Willen haben, den Wunsch des Herrn Silverberg zu erfüllen.

Ein Redakteur des „Vorwärts“ hat Leipziger, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, interviewt über die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Um es vorwegzunehmen: Leipziger ist für die Koalition. Leipziger ist für das Zusammenarbeiten von Unternehmervertretern und Sozialdemokraten.

Zunächst einmal meinte Herr Leipziger, daß die republikanischen Redereien des Silverbergs Ausdruck der republikanischen „Äußerer Überzeugung“ der Schwerindustrie seien. „Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu hart geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugern oder gar wieder befestigen könnten.“ Das ist kein Wis, sondern die ernsthafteste Überzeugung Theodor Leipzigers, der anschließend daran erklärte: „Ebenso ist die deutsche Republik schon so festigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich ermarren durfte.“ Darin hat Leipziger recht; die Anerkennung kann dieser Republik von den Unternehmern nicht verlagert werden. Die Anerkennung der Republik, das ist die Aufgabe dessen, was die Frankfurter sozialdemokratische „Rechtsstimme“ folgendermaßen ausdrückt:

„Nicht die Unternehmer sind zur Republik gekommen; die Republik ist längst zu den Unternehmern gegangen.“

Diese Tatsache ist es, daß die Schwerindustrie die Republik anerkennt, diese Tatsache und die naive Anhängung des Theodor Leipziger über den starken Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft sind es, die die Industriellen veranlassen, ihr Koalitionsangebot an die Sozialdemokratie zu richten und die „vernünftigen“ Gewerkschaftsführer zu die Legion und Leipziger zu locken.

Der Redakteur des „Vorwärts“ stellte Leipziger folgende Fragen: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Regierung die sozialen, steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden oder nicht? Darauf antwortete Leipziger: „Ich vermute kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergehenden Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind.“

Leipziger und mit ihm die anderen führenden Sozialdemokraten im ADGB, sind also für die Koalition. Wenn auch Leipziger erklärt, daß die Entscheidung über diese Frage die Sozialdemokratie zu treffen habe, so ist es klar, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer alles aufbieten werden, um diese ihre Auffassung in der sozialdemokratischen Partei durchzusetzen.

Die Gewerkschaften haben bisher immer praktisch bewiesen, daß sie mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten können. Warum sollten sie nicht auch wieder einmal die Form der Koalitionstrategie anwenden. Die Gewerkschaften — lies: die Gewerkschaftsführer — haben oft genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen.“ Sie stehen mit beiden Füßen in dieser kapitalistischen

Die Wandlung



Wenn der Prolet nicht zum Silverberg kommt.



Kommt der Silverberg zum Proleten.

Dieses Bild wurde am 8. September im „Kollfblatt“ veröffentlicht. Es soll die Wandlung der Schwerindustrie vorstellen, die es den Arbeitern ermöglichte, mit den Unternehmern zusammen in eine Regierung zu gehen. Der „Kollfblatt“ aber verübte noch am 7. September durch den Mund des linken Seidewitz: „Die Koalitionsstudie scheint nur nach schweren Folgen von der Partei endgültig überwunden zu sein.“

Wirtschaft und weil sie darin stehen und ihre Politik danach ist, müssen sie mit beiden Füßen in der Koalition sein, vom Kopf bis zum Fuß Koalitionspolitik treiben.

Das bestellte Frage- und Antwortspiel zwischen Leipziger und dem „Vorwärts“-Redakteur erschien in der Nummer des „Vorwärts“ vom letzten Sonntag auf derselben ersten Seite mit einem Artikel, der für die Bewerkschaft der Gewerkschaften Propaganda macht. Zu fast unheiliger Weise diskreditiert der „Vorwärts“ die Propagandamache für die Gewerkschaften. Silverberg hatte bekanntlich in seiner Rede davon gesprochen, daß die Gewerkschaften durch unermühten Zuwachs durch die Revolution überleben haben und daß auch die Keimungsstrafe, in der wir uns heute befinden, hier nicht haltmachen soll. Wir als Kommunisten werden erik recht dafür sorgen, daß die Bewerkschaften ausgenutzt wird, damit der von den Kapitalisten, „unermühter Zuwachs“ größer werden, und daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht nur zahllose Mitglieder verlieren, sondern lernen, gegen die kapitalistischen Vertreter in ihren eigenen Reihen zu kämpfen und so die Gewerkschaften auszugestalten zu Klassenkampforganen.

Peter Graßmann teiltartelt im „Vorwärts“

Mit Bolldampf zur Großen Koalition

(Eig. Drahtim) Berlin, 14. September.

In einem Artikel „Gewerkschaft und Staat“ im heutigen „Vorwärts“ fordert Peter Graßmann für die Arbeiter das Mitbestimmungsrecht in der Führung der Wirtschaft und schreibt, indem er die Rede Silverbergs heranzieht: „Man wird sich alle mit der Arbeiterschaft verständigen, sich ihrer Mitwirkung versichern müssen, wenn man den Worten „Volksgemeinschaft“, „Schicksalsgemeinschaft“ Leben und Inhalt geben, wenn man Volk und Staat besseren Tagen entgegenführen will.“

Konzentration des Kapitals und Industrieverbände

A. G.

Formen des gewerkschaftlichen Kampfes werden bestimmt durch die Konzentration des Kapitals. Es ist anzunehmen, dass die Internationalität des Kapitals die Form des Kampfes bestimmt und umgekehrt.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Die Konzentration des Kapitals ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Industrie. Sie führt zu einer Konzentration der Produktion und zu einer Konzentration der Kapitalien.

Wie soll das neue Zensurgesetz aussehen?

Der Gipfel reaktionärer Heuchelei

Parallel mit der kapitalistischen Rationalisierungs-Offensive verläuft eine getriebene Welle politischer reaktionärer Kämpfe. Gegen die Abwehr der kapitalistischen Offensive...

Der Entwurf des neuen Zensurgesetzes enthält folgenden Satz: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Weil in der Reichsverfassung eine Zensur abgelehnt wird, kommt natürlich im Gesetz auch nicht einmal das Wort „Zensur“ vor.

An Stelle einer Zensurbehörde oder sonstigen polizeilichen Instanz sollen nach dem Gelehrtenrat sogenannte Prüfstellen, ähnlich wie Prüfstellen für Bachelordiplome und dergleichen, arbeiten. Die Prüfstellen haben nicht das Recht, eine Schrift zu „verbieten“.

Ein Schrift kann wegen ihrer politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Tendenz als solche nicht auf die Liste gesetzt werden. Das ist die Bestimmung dieses Gesetzes, dessen Inhalt die Tatsache, dass im Einklang mit dem Reichsgesetz...

Albert Thomas in Düsseldorf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der in Düsseldorf mit einer Kommission des Internationalen Arbeitsamtes zur Begleitung der Reichsregierung...

Die Agitationsarbeit in Spanien. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Madrid, hat im Verlaufe des gestern in Segovia gehaltenen Kriegsgerichtes der Regierungssammler gegen den Direktor der Antimilitaristen...

Die Amalgamzahlen der Konsumvereine (Eine irreführende Statistik) Die deutschen Konsumvereine veröffentlichten in der SPD-Welt in bestimmten Aufstellungen ihre wöchentlichen Amalgamzahlen...

gegogen wird. Es ist selbstverständlich, daß Herr Kunze oder ein Vertreter in dieser oder jener Form in der Praxis des Bundes und Schmutzgebotes als Gutachter zugezogen werden wird. Revolutionäre Schriften, ja, Schriften fortschrittlichen Geistes werden...

Wie lesen sich nun die Prüffstellen zusammen, die solche tragenden und folgenschweren Befugnisse der Unterordnung jeder freien Meinungsäußerung erhalten? Der Vorsteher jeder Prüffstelle ist ein Beamter, dann von vornherein eine bürokratische Handhabung der „Zensur“ sichergestellt ist. Dazu kommt dann je ein Vertreter aus den Kreisen:

1. Der Kunst und Literatur;
2. des Bau- und Kunsthandels;
3. der Jugendwohlfahrt und Jugendorganisationen;
4. der Lehrerschaft und der Volksbildungsorganisationen.

In jeder Gruppe müssen die „Körperchaften des öffentlichen Rechts“ nach Artikel 127 der Reichsverfassung, d. h. die Kirche, vertreten sein. Die Mitglieder der Prüffstellen werden durch die Landesregierungen ernannt. Triff das Gesetz in Kraft, so haben wir somit in Deutschland eine förmliche Aufsicht über die gesamte deutsche Literatur, mag sie politisch, wissenschaftlich oder literarisch sein. Ein weiterer Stand ist es, daß nicht bekannt gegeben wird, ob gegen eine Schrift ein Verfahren eingeleitet oder eingeleitet gewesen ist.

Natürlich haben Verfasser und Betreuer sowie das Reich und jedes Land das Recht, gegen die Entscheidung einer Prüffstelle Einspruch einzulegen. Zu diesem Zwecke ist eine Überprüfung der Prüffstelle durch ein unabhängiges Gremium vorgesehen.

Wie es bei diesem Maulwurfsgeheiß nicht anders denkbar ist, werden Verfassungen die Bestimmungen mit drastischen Strafen belegt. Bis zu einem Jahre Gefängnis und mit Geldstrafen werden diejenigen bestraft, die die Gesetzesparagrafen umgehen. Das kann die gesamte Auflage einer auf den Index gesetzten Schrift eingezogen werden.

Dieses unerhörte Zensurgesetz ist von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten im Einklang des Reichstages angenommen worden. Deutschnationale und Zentrum bemühen sich, den Entwurf noch nicht revidierten Reichstages...

Beginnender Kampf gegen das Zensurgesetz

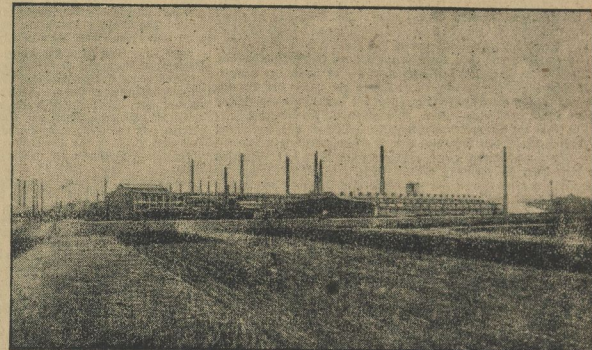
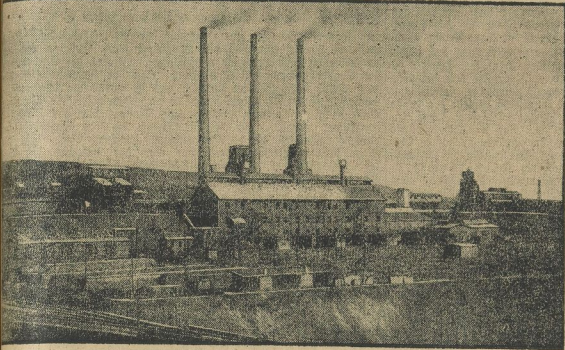
Berlin. Freitag abend fand im Besuch der Herrschaft eine Versammlung gegen das geplante Gesetz zur „Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ statt, die von der Vereinigung antisozialistischer Verleger einberufen war. Die Kundgebung...

Die Ausführungen Kaufmanns bedürfen noch einer Ergänzung: auch die Konsumvereine sind ja nicht völlig unabhängig von der Befolgung des allgemeinen Preisgesetzes. Die Steigerung des Lebensniveaus ist das Hauptziel der Konsumvereine. In der Agrarpolitik der Bundesregierung bereitwillig werden sie muß sich also auch darin zeigen, daß eine gleiche Menge Lebensmittel im Konsumverein eine größere Summe Geldes kostet.

Nicht ganz alle Faktoren in Betracht, so muß man zu dem Schluss kommen, daß die Umgestaltung der Konsumvereine territorial Rückwärtschritte auf die Konsumkraft der Mitglieder jaulen. Wie aus den Berichten der Konsumvereine hervorgeht, ist im Gegenteil eine Einschränkung des Bedarfs, namentlich an Lebensmittel und Konsumgütern zu verzeichnen. Dieser Sachverhalt ist der steigende Glanz der arbeitenden Bevölkerung... der Konsumvereine-Staffeln in Bezug auf eine bessere Befriedigung der tatsächlichen Lebenshaltung der MitgliederInnen wird daher sehr wünschenswert.



Mansfeld-Kumpels, erwacht!



Krughütte Eisleben

Meißingwert Hettstedt

In der vorigen Woche wurde in Halle ein Schiedspruch über die Behauptung bei der Mansfeld A.G. gefällt, nach welchem eine Erhöhung von 20 Pf. pro Schicht stattfindet. Bei der eisenhaltigen Lage der Mansfeld-Kumpels ein Spottgeld, das, zu mal die Schichtmittelpreise in händigen Steigen begriffen sind, das Hungersgehalt genau so in den Häusern herumfließen läßt wie bisher.

lichen Beratungen der Belegschaften. Es gibt auch noch immer einzelne, die sich einfallen lassen von den Klagen der Direktoren und anderer „Vorsetzer“ über die Art der armen A.G., und daß „wir alle“ Opfer tragen müßten. Ihnen muß der Bericht aus Holland doch die Augen öffnen, und sie sollen sich doch einmal überlegen, daß auch

Ein Brief aus der Krughütte Von einem alten Sozialdemokraten

Wenn man früher auf der Landstraße Halle-Kassel der Stadt Eisleben ansichtig wurde, so konnte man in Rauch und Gas verschwindend, einen kleinen Betrieb entdecken, genannt „Krughütte“. Krieg und Inflation machten aus dieser unscheinbaren Hütte einen modernen Großbetrieb. Von außen macht diese Industrieanlage, die der Mansfeld A.G. gehört, einen ganz guten Eindruck, aber die Augen sehen anders, wenn sie sich drinnen richten umhauen.

Nach einer Sperr, genannt Kontrolle, kommt man an einem mit Blumen geschmückten Gelände, dem Verwaltungsgebäude vorüber. Aber keine zehn Meter weiter bleibt man entsetzt stehen. Was muß man sehen? Abgemagerte, heruntergerissene Arbeitsmänner, die in gebückter Stellung humpeln, von früh bis mittags in Schmutz und Hitze, die sich nicht einmal umsehen, was wohl um sie herum passiert! Das ganze Getriebe gleicht einem großen Ameisenhaufen.

Ich sehe mich in Verbindung mit einigen dieser Geknechteten und erhalte nun ein richtiges Bild von dieser Hölle. „Mit Wasser gehen wir nur noch zur Arbeit“, spricht der eine, „dann sehen Sie, hier arbeiten wir Tag für Tag für einen Lohn, mit dem wir uns nicht mehr halten können. Es dauert nicht mehr lange, so sind wir alle vollständig in Lumpen gekleidet. Es ist das Letzte, was wir am Körper haben!“

Wohlgeliebt erhalten die Arbeiter eine Abschlagszahlung von 18 bis 24 Mark, und bei der Restzahlung bekommen sie dann meist einen Lohnzettel, auf dem der rote Bismarck steht: „Zu bringen: 6 oder 8 oder 10 Mark“. Durchschnittlich mit 14 oder 18 Mark und mit noch weniger ziehen sie nach Hause.

Die Lage der Arbeiter auf der Krughütte und dem damit verbundenen Volkswirtschaft ist so, daß sie trotz „Beschäftigung“ sich oftmals keinen anderen Rat wissen, als bei der Armenfürsorge in Eisleben Unterstützung zu beantragen. Schon oft habe ich beobachtet, wie die abgehärmten Frauen dort hin gegangen und über die elende Entlohnung der Männer bitter geklagt haben. Das ist das Los der Arbeiter der Krughütte! — Wann wird es anders?

Die bisherigen Löhne

zu denen noch ganze 20 Pf. hinzukommen!
Die höchste Tariflohn bei zwölfstündiger Schicht (!) beträgt 20 Pf. bei durchschnittlicher 3,30 Mark. Das geht abwärts bis zu 10 Pf. für jugendliche Arbeiter und bis zu 35 Pf. für die Lehrlinge. Die Arbeiterinnen, die nicht nur bei Nebenarbeiten beschäftigt sind, sondern, wie im Meißingwert Hettstedt auch in der Sägerhütte, auch bei schweren Betriebsarbeiten sein, wenn die männlichen Arbeiter schon Menschen zweiter Klasse sind, haben überhaupt nicht mehr als Menschen angesehen. Über 21-jährigen erhalten im Höchstfalle 3,25 Mark, die Arbeiterinnen im Nebenbetrieb circa 2,35 Mark. Davon gehen dann die hohen Kruppachtsbeiträge ab, was etwa 1 Mark pro Monat ausmacht, für die Unter-Lage-Arbeiter noch mehr. Da Arbeiter bei der Mansfeld A.G. sehr beliebt sind, kann man sich vorstellen, was selbst bei der tollsten Affordanz für die Familien übrig bleibt! Denn die Affordanzsteuer sieht, verbunden mit dem höchsten Steuerniveau, auf den Betrieben der Mansfeld A.G. in höchster Linie.

Der große Verwaltungsapparat der A.G.

den Beweis dafür liefert, daß wir lieber unserer eigenen Kraft und Klasse vertrauen sollen als denen, die uns ausbeuten und als Verwaltungsbeamte mit Hauptziel unserer Ausbeutung sind! 22 Aufsichtsräte hat die Gesellschaft, die nichts um als große Lantienem einzutreiben! Ein Häuer und ein Buchhalter sind als Arbeiterinnen aber nicht, und hinter die Geheimnisse der kapitalistischen Profittabelle läßt man sie natürlich auch nicht gehen. Sieben Direktoren haben wieder 11 Unterdirektoren. Dazu kommen Profuratoren, Ingenieure, Maschinen (20 allein in Eisleben!) und andere, die Inflammen verschlingen, während — die Löhne um ganze 20 Pf. erhöht werden und die Arbeiter immer wieder das schöne Lied zu hören bekommen: „Wenn wir Löhne erhöhen, machen wir weiter! und Ihr liegt ganz auf der Straße!“

Kollegen, so geht es nicht weiter! Es geht nicht an, daß Ihr nur 20 Pf. einseht und Euch weiterhin um nichts kümmert. Es ist doch eine Schande für uns selber, wie wir als Arbeiter, als jetzt die Lohnfrage auf der Tagesordnung stand, einfach dem Verbund und den Funktionären überlassen haben, was sie wohl herausholen, daß nicht die Belegschaften in allen Mansfeld-Betrieben sich geehrt und einen ordentlichen Druck dahinter gesetzt haben! Wir hätten mehr herausgeholt können! Und es wäre unsere Pflicht gewesen, uns zu rühmen, wo zur gleichen Zeit die Ruhr-Bergarbeiter und die Kumpels in Oberhausen in Lohnstreik standen, und die bei heldenmütigen Streik der englischen Bergarbeiter unsere aktive Solidarität erforderte!

Unsere Lage ist auch jetzt so, daß wir um Besserung kämpfen müssen! Gerade, Mansfeld-Arbeiter! Hesse jeder einzelne, daß mit ein geschlossenes Ganges bilden. Die 15 000, die heute bei der Mansfeld A.G. arbeiten, müssen sich zusammenschließen und die Erwerbslosen schauen auf sie, daß sie vorstehen und nicht als Letzte stehen in der Front gegen die kapitalistische Kontroll-Verwaltung!

Die Aktionäre machen bei dieser Mehrleistung den schönsten Profit!

entwähnt bedeutet die „Nationalisierung“ ist keineswegs Beihilfe der Produktion für die Allgemeinheit, sondern größere Profittätigkeiten für die Kapitalisten, die es in der Hand haben, die die Waren möglichst hoch zu halten. In einem holländischen Bericht wurde ausführlich einer holländischen Anteilse für die Mansfeld A.G. in diesem Jahre folgendes über die Profite der Mansfeld A.G. offenbart:

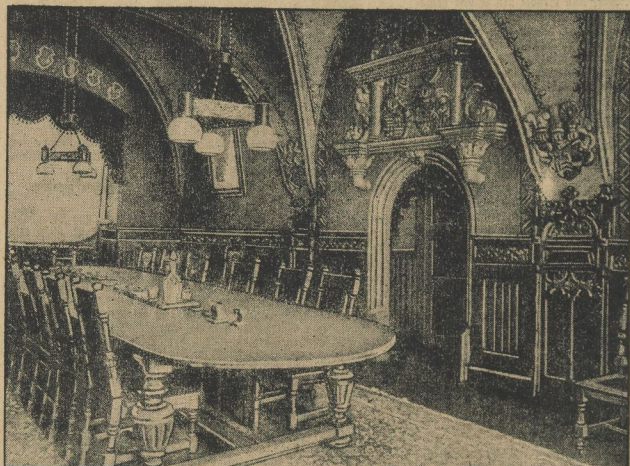
Die Gesellschaft ist eines der wichtigsten Unternehmen auf Bergbau- und metallurgischen Gebiet in Europa. Der Wert der Dividende zur Verfügung stehende Nettogewinn des Jahres 1925 beträgt rund 13 Prozent des Aktienkapitals. Die Dividende im Jahre 1925 stellen einen Betrag von 21 Millionen Dollars dar. Umgekehrt 20 Prozent dieses Betrages kommen auf Konto Erport. Seit 1913 hat sich der Exporterlös vervielfacht. Der Verkauf der wichtigsten Fabrikate des Unternehmens ergab in den ersten drei Monaten 1926 einen Betrag von ungefähr 10 Millionen Dollars gegen 4 000 000 Dollars im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf Grund dieser Verkäufe und mit Hinsicht auf die bereits abgeschlossenen und stehenden Transaktionen wird erwartet, daß die Gewinne für das Jahr 1926 die des Vorjahres bei weitem überschreiten. Der Ertrag der Anlage und zur Stärkung des Betriebskapitals und für neue sinnvolle Einrichtungen zum Zwecke der Betriebsrationalisierung verwendet werden.

Entsprechend den Gehaltslöhnen, der Anteilerei und der langen Arbeitszeit (im Meißingwert 10 Stunden, Sonnabends neun Stunden) ist es auch mit dem

Gesundheitszustand der Arbeiterschaft

den berühmten Mansfeld A.G. besteht. 60 bis 70 Prozent der Arbeiter sind mäßig oder überfüllt. Unter der erwachsenen Arbeiterschaft gibt es kaum einen gesunden Menschen. Die Dünne der Brust, die Bleichhüte und aus dem Meißingwert resultiert Obd und legen sich schwer auf die gesamte Bevölkerung. In der A.G. sind die Zustände so schlimm, daß die Gemeindeverwaltung Besondere eingeleitet hat. 8 bis 10 Prozent der Arbeiterschaft sind durchschnittlich krank.

Die Mansfeld A.G. und ihre Direktoren haben es glänzend bewiesen, die Arbeiterschaft gegenwärtig auszunutzen und auszubeuten. Es berichtet eine ausgeprägte Einstimmigkeit, wodurch die Arbeiter immer wieder finden, die um sich Lieb-Kind zu machen, den von denen verhältnismäßig der beste Lohn herauszubolen. Ihre Klassenangelegenheiten verdrängen und den Unterschied der Lohnverhältnisse der Arbeiter bringt weitere Differenzen. Die verhältnismäßig lange Arbeitszeit und die langen Wege, die so mancher nach Hause hat, und für die die Mansfeld A.G. keine Entschädigung schafft, erschweren die Zusammenfassung und die einheit-

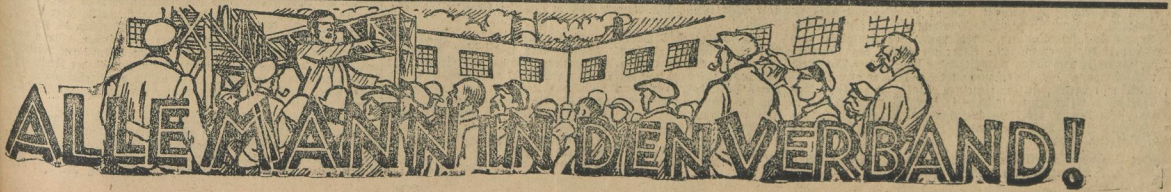


Das Sitzungszimmer der Mansfeld-Direktoren

Die Werbewege

der freien Gewerkschaften erfordert von allen Kollegen und Kolleginnen aktive Mitarbeit. 100-prozentige gewerkschaftliche Organisation ist die Basis!

Um dieses zur Tat werden zu lassen, setzen die Betriebsräte eine genaue Sphäre Kontrolle an, die die gewerkschaftlichen Bekanntheitsleute mit durchzuführen helfen. Es wird, je nach Größe des Betriebes, ein Werbesausschuss gebildet, der immer wieder eine Kontrollkommission und die Bearbeitung der noch nicht angerichteten Kollegen vornimmt. Ein solcher Werbesausschuss in W. hat auf diese Weise innerhalb von zwei Monaten 130 männliche und 28 weibliche Kollegen der Gewerkschaft zugeführt. Die bestehende gelbe Zelle (Werksvereinschaft) ist bei dieser Arbeit völlig getrimmt worden. Mansfeld-Arbeiter, arbeitet ebenso!



Stadtbankrott — Würgerlöslösung

Rixe gibt einen Fünfmillionenverlust — Kommunische Forderung: Weg mit den Verantwortlichen — Starke Worte und feige Läten beim Bürgerlof — Wieder Gendarmen-Methoden des Herrn Buße — Kommunische Disziplin

Die große „Stadtbankrott“-Debatte, von der die Bürgerlof-Prässe dieser Tage schrieb, als auf Antrag der kommunischen Fraktion die Stadteverordnetenversammlung zusammenberufen werden sollte, hat am gestrigen Montag stattgefunden. Das Ergebnis ist eine jämmerliche Niederlage der Bürgerlof-Mehrheit. Feiner, erbärmlicher haben sich die Leute um Rixe, Müller, Mann und noch niemals aufjünder Gelegenheit gehabt. Niemand haben sie eine lägerliche Rumkühe im Hause der Bürgerlof aufgebläht, als gesehen, da sie sich in der Frage der Verantwortung für die Stadtbankrottverfahren mit dem Willen der Stadt entschieden sollten. Die kommunische Fraktion hatte in Kenntnis der Charaktereigenschaften der hiesigen Bürgerlof auf dem Rath der Stadt in den Verhandlungen und in dem Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Engelblond absichtlich vor diese Falle aufgelegt. Mit gutem Bedacht war die Frage aufgeworfen worden, ob die Bürgerlof-Mehrheit den Leuten eines raffinierten Betrügers, den Verantwortlichen für einen ungläubigen kommunale Mißwirtschaft, das Vertrauen entgegen, oder es ihnen weiter gewähren will. Die Vertretung des hiesigen Bürgerlofs hat die Vertiefung der Dinge getrieben. Sie sind einer klaren Entscheidung aus und ließ mit den Stimmen ihrer Mehrheit die gestellten Anträge und damit die fernere Beratung der Stadtbankrottverfahren in die Dunkelkammer eines Ausschusses, ausgerechnet in denselben Rechts- und Vertiefungsausschuss, in dem die Juristen vom Schlage eines Rixe, Finger, Starke die entscheidende Rolle zu spielen pflegen, jenes Komitete, das bereits nach den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung mit der Begründung durch Paragrafen abgesehen hatte. Der Bürgerlof ließ, um die Definitivität zu kämpfen, mit vornehmer Geise sagen, er könne nicht urteilen, ohne die erhobenen Beschuldigungen genau untersucht zu haben. Wer zweifelt in der Bürgerlof darüber, daß die Schuld der verantwortlichen Magistratsbeamten an dem Stadtbankrottverfahren kommunal erweisen ist? Niemand, außer den Leuten, die die Wahnsinnigkeit der System des hiesigen Bürgerlofs mit ihrer Mehrheit mit der großen Mehrheit der Bürgerlof in der letzten Sitzung über den Stadtbankrott und so schnell wie möglich von der Tagesordnung absetzen. Die Leute wissen zu genau, daß jenes kapitalistische Betrüger mit dem System ihrer Gesellschaft und ihrer Kommunerwartungen ist. Sie haben, auch durch Vorsehung einer ganzen Reihe von heillosigen Bürgerlof-Verordnungen wohl das Gefühl, daß sie selber Angeklagte in dem öffentlichen Gerichtsverfahren sind, das die Stadtbankrottverfahren der Stadt heute eines Tages demot abhalten wird. Mit ihrem feigen Verhalten am gestrigen Montag haben sie ein um so härteres Urteil zu erwarten.

Nicht man diese lächerliche Haltung des Bürgerlofs bei der Abstimmung ins Auge, so erscheint das gemacht tabulare Verfahren ihrer Rede als beachtenswert, in ihrer Wirkung höchst widerwärtig. Man raune über die Kraftleistungen des Herrn Rixe, Müller, Mann. Sie lobten fundamental mit den härtesten Kraftausdrücken, in Romanen höchster Entleitung gegen die Haltung der Magistrats, insbesondere gegen die Herrlichkeit des Oberbürgermeisters und das Mißtrauen der beamteten Magistratspersonen ihnen gegenüber. Dieses System wurde als die erste, ernste Ursache der Stadtbankrottverfahren bezeichnet. Man forderte die Beendigung dieses Systems. Im gleichen Atemzug, mit dem Herr Müller wie ein Löwe gebüllt habe, beilicte er sich mit Millionen seinen angebliebenen Widersachern die goldene Brücke der Verhandlung bauen zu müssen. Es war, als man sich selbst widerwärtig. Derselbe Mann, gegen dessen Diktatur die bürgerlichen Schwärze sammelten, hatte ihnen in seiner Gränzüngrede genauensam vorgeführt, wie sie gefiern aufzutreten hatten. „Lassen Sie, meine Herren, Ihrem Amnillen, Ihrer Empörung, Ihrem Jörn freien Lauf, aber dann überlegen Sie in Ruhe, welches Urteil Sie fällen wollen. Am besten wird wohl Weiterberatung der Stadtbankrottverfahren in einem Ausschuss sein“, so sprach der Oberbürgermeister und der ganze Bürgerlof, von den Beifallstendenanten in Gefinnungsfreunden der Herren Rixe und Engelblond zu dem demokratrischen und politischen Antipoden apportierte wie eine Meute vor Hund. Es gekennzeichnet die Situation haarscharf, als Genosse Rixe in seinem Rückblick auf die Verhandlungen das Verhältnis von Oberbürgermeister zum Bürgerlof und vom Bürgerlof zum Oberbürgermeister so charakterisiert: „Ein Paßpaß braucht Glauben und Glauben müssen einen Paßpaß haben.“

Die kommunische Fraktion darf für sich das Recht in Anspruch nehmen, dies alles gefiern unbedeutend ausgesprochen zu haben. Ein Grund, man für die hiesigen Gendarmen-Methoden wieder einmal anzuwenden und eine Vertiefung herbeizuführen, zu lassen, die die Freiheit der Bürgerlofsmehrheit ihm bestreiten. Der seit Tagen von der kommunischen Fraktion eingebrachte Antrag mit seinen vier wesentlichen Punkten und ein sozialdemokratischer Antrag wurden überpaß nicht abgelehnt, und man „beschloß“ in einer angeblich namentlichen Abstimmung, alle bestehenden Anträge dem Rechts- und Vertiefungsausschuss zu überweisen. Diese Art geführten Abstimmungen demot des Herrn Buße, das als Geduld gefangene wurde, forderte den härtesten Protest unserer Genossen heraus. Sie traten in Disziplin, während der es zu einem erheblichen Umsatz kam. Trotzdem stimmte Buße ab, während er gleichzeitig Ordnungsrufe für kommunische Stadtverordnete aussteuete und etwas über „unwürdige Szenen“ in den Raum führte. Unwürdige Szenen haben diese Verfahren selbst zu verantworten und herauszufahren, und die hiesige Arbeitsschicht nicht nur, sondern auch ein großer Teil anderer hiesiger Bevölkerungsschichten sind unter Empörung über diese feige, gemeinnützige bürgerliche Verhandlungsmanöver verstört und teilten.

Sitzungsbericht

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhebt sich Oberbürgermeister Rixe zu einer ordentlichstündigen Magistratsversammlung, die er im Wiederernstung mit Grabschmied vorträgt. Wahrscheinlich für die sachliche Darstellung der Stadtbankrottverfahren war für ihn das Protokoll der Stadtbankrottverfahren, die am 17. August stattgefunden hat. Das Protokoll, das 80 Seiten umfaßt, ist vor einer Woche in dem Buch des Magistrats gelangt. Dieses Protokoll enthält aber lediglich ein bankrottamtliche Gutachten. Es kritisiert den Betrieb und die Zustände und Einrichtungen der Stadtbankrottverfahren und die Sicherheit der Forderungen. Ueber die Größe des Schadens läßt sich vorläufig noch nichts Mitteilbares sagen. Der Magistrat hat nach Eintrag des Protokolls ebenfalls ein hiesiges Gutachten an den Ausschuss beauftragt, die einzelnen Konten zu prüfen. Aus dem Ergebnis des Revisionsgutachten in Verbindung mit den vorläufigen Feststellungen der Treubandgesellschaft hat der Magistrat nun ein vorläufiges Bild gewonnen. In der Öffentlichkeit ist davon gesprochen worden,

daß der Schaden ein Millionen betragen würde. Diese Ziffer wird mehr oder minder richtig sein.

Die Ziffer wird erheblich steigen, wenn etwa sofort die Stadtbankrottverfahren wird, oder wenn die Wirtschaftslage sich nicht bessert, und sie nicht sinken, wenn die Wirtschaftslage sich nicht bessert, und die allmähliche Umwandlung der unglücklichen Geldläufe erfolgen wird. Der Umfang des Mehr oder Winder läßt sich heute noch nicht übersehen. Aber die Ziffer steigt in ihrer Zahl alles.

Herr Rixe stellt dann die Frage, wie es möglich war, daß dieser Schaden entstand, und er kommt zu dem Ergebnis: Der Schaden ist entstanden durch eigenmächtige Kreditbewilligungen des früheren Stadtbankrottverfahrens hinter dem Rücken der zuständigen Kommission. Der Schaden wurde nicht festgehalten in Folge der unzulässigen Verfügungsmaßnahmen, welche Bürger zu diesem Zweck eingeleitet und zahlreich aufrechterhalten hat. Fast sämtliche Kredite und auch Restpost des Bestandes, welche waren, er hat es verbunden, den Bestand bis in die jüngste Zeit hinein zu täuschen. Schon im Februar 1923 ist eine besondere Kreditkommission eingerichtet worden. Die Revisionskommission vom August 1920 hat beantragt von den 36 Stadtbankrottverfahren, welche die Stadtbankrott hat, 76 in denen die Hauptposten liegen. Die größten Schäden werden von 19 Konten getrieben. Von diesen 19 hat die Kreditkommission 10 bewilligt, aber in ganz bestimmtem Maße und gegen volle Sicherheiten. Bei den bestimmten Fällen hat Bürger jedoch die Ziffer für 120 000 Mark bewilligt, die Leistung betrug 200 000 Mark. Dann geht es im Verhältnis so weiter: bewilligt wurden 10 000 Mark, gegeben 267 000 Mark; 35 000 Mark, gegeben 290 000 Mark; 120 000 Mark, gegeben 500 000 Mark; 30 000 Mark, gegeben 470 000 Mark; 25 000 Mark, gegeben 230 000 Mark; 40 000 Mark, gegeben 220 000 Mark; 35 000 Mark, gegeben 125 000 Mark; 70 000 Mark, gegeben 600 000 Mark; weiter 150 000 Mark zu 425 000 Mark. Die Ueberweisungen betragen 2 081 000 Mark. Nun kommen neue Fälle, in denen die Kreditkommission überhaupt nicht bewilligt hat, wo eigenmächtige Kredite bewilligt wurden: 441 000 Mark, 183 000 Mark, 364 000 Mark, 500 000 Mark, 500 000 Mark, 750 000 Mark, 117 000 Mark, 100 000 Mark, 423 000 Mark, also

unzulässige Kredite in Höhe von 2 298 000 Mark. In ganzen 3 279 000 Mark.

Mit diesen Ziffern haben wir zu rechnen, und in diesen Summen liegen vornehmlich die Unklarheiten und Gefahren der Verluste. Bürger hat nur in einem einzigen Falle eine Ermächtigung von der Kreditkommission erhalten, nämlich gegen 270 000 Mark in ganz anderen wegen Forderung von Lohnzahlungen handelte, durfte die Ueberweisung eines Kredits im Einzelfalle nur höchstens 500 Mark vorgenommen werden. Sonst hätte er als Bankrotler nicht die geringste Ermächtigung.

Bürger hat in der Hauptsache verfügen, aber auch wohlweisliche Aufgaben in Fülle bestritten. Durch die Mängel hat er sich den Augen der Revisionskommission gegenüber seine Sündensünden verflechten können. Erstens hat er fortgesetzt Unklarheiten gelegt. Er ist ständig gefragt worden: Gibi es außer den bewilligten Krediten noch andere? Das hat er immer wieder verneint. Die Ausnahmen konnten nicht durch ihn allein gegeben werden. Sie konnten erst vorgenommen werden, wenn ein anderer Bankrottverfahren genehmigt. Dieser hat keine Unterschrift gegeben. Das Verfahren ist auch gegen ihn eingeleitet. Er befindet sich bereits in Untersuchungshaft. Die Hauptsache der Verflechtung waren die Finanzposten. Dies sind die Mittel, die ausgereicht nicht Zweck, in Betracht aber völlig

Bürger hat gesagt, das Wechselprotokolle der Stadt Halle sei das ausgezeichnete, das es überhaupt gibt.

Die Girozentrale neben dem Wechsel der hiesigen Stadtbankrottverfahren. Noch jetzt besteht der Bestand der Stadtbankrottverfahren in unabhänder Höhe von 2 Millionen Mark. In einem anderen Falle ist es, so wie gegangen, daß er, um ein übergebenes Konto zu verdecken, sich mit einem Dritten einen Wechsel ausstellen ließ, in einem Jahr verlorste, daß diesem Dritten keinerlei Verpflichtung aus seiner Unterschrift erwachte. Brief und Wechsel sind jetzt gefunden worden. Die dritte Manipulation war die

Fälschung der Kreditlisten.

Das dritte Manipulation bestand darin, daß er als Aufschreibemittelkommission der Gesellschaften solche Angaben über den Stand dieser Betriebe machte und so Kredite für diese ermöglichte. Dem seitlichen Standpunkt aus gesehen, haben die Kommissionen festgestellt. Die erste war im Juli 1923, die letzte im Oktober 1926. Die im Juli erfolgte auf Betreiben des Deputierten. Diese Revision stellte die ersten großen eigenmächtigen Ueberweisungen Bürgers fest. Sie fanden sich in der Beschuldigung und die Fälschungen. Damals machte sich Rixe, daß der ganz heute noch vorliegt, aber die meisten Betriebe, die in der Revision noch einige Ueberweisungen finden, die als Belegstücke Bürgers erklärt wurden. Nun mal Herr Rixe eine Charakteristik Bürgers in den hiesigen Farben, und dann geht er auf die bestimmte Dinge ein. Er will, das Bürgerlof hat ein Recht, die Namen der Bürgerlof, der Magistrat erklärt, was er auf Grund der beiden Revisionen im Juli und November 1925 erklären konnte, wo lediglich die großen Eigenmächtigkeiten erkennbar waren.

Diese Erklärung ist nach bestem Wissen abgegeben worden. Objektiv war sie nicht richtig.

Bürger hat damals Vorstellungen gemacht worden, und er wurde angewiesen, die unrichtigen Konten abzubauen, was er auch mit teilweisem Erfolg tat.

Herr Rixe befragt dann nachfolgend einige von Bürgers Stellungnahmen. In einem Falle war ein Konto auf 687 000 Mark festgelegt. Rixe beträgt es 700 000 Mark, adebt ist es durch Finanzposten. In einem anderen Falle waren 70 000 Mark bewilligt, das Konto beträgt heute 933 000 Mark. Ueberall ist dasselbe Bild. Das Konto sei übrigens kein Einzelfall, auch in anderen Städten wären der gleichen Dinge vorgekommen. Was die Revisionen angeht, so sind dieser heute nicht die Definitivität. Trotz der Aufschreibungen der Revisionen bleibt die Liquidität der Stadtbankrottverfahren. Das Mittelmessen der Stadt ist gegenüber dem der Vorträge gewaltig gestiegen.

Es erhebt sich nun die Frage, wie der Schaden ausgeglichen werden soll. Das tabuläre Verfahren würde sofortige Auflösung der Stadtbankrottverfahren und die Schuldentilgung zu tun, dieser hätte sich hunderte Entgegenen zu hineinreizen würde. Andererseits würde eine allmähliche Sanierung ziemlich lange dauern. Es wird nicht anders übrigbleiben, als eine solche Lösung aufzunehmen. Die Frage der Einziehung der Gewerbesteuer für 1926 hat nicht den geringsten mit dem Stadtbankrottverfahren zu tun, dieser hätte sich nicht in Betracht kommen. Es wird aber nicht ausbleiben können, daß der nächste Etat mit belastet werden.

Zum Schluß geht Oberbürgermeister Rixe auf die Frage der Verantwortlichkeit ein und basiert über persönliche Beziehungen zwischen Bürgers und Stadtbankrottverfahren. Er schlägt vor, das Bürgerlof soll die Verantwortung auf den Magistrat übertragen, das heißt, daß der Oberbürgermeister alle Fragen zu vertreten habe, behandelt dem Überbürgerlofstragen des Deputierten und der Kreditkommission und greift die Deputierten an, was selbst auf bürgerlicher Seite Empörung auslöst. Er schlägt mit dem für die Verhandlungsamtlichen des Magistrats. Die Revisionen sind nun vollständig und fordert mit genau kalkulierter psychologischer Berechnung „härte Kritik und ein gerechtes Urteil“.

Nach einer Pause von 20 Minuten erreicht Genosse Rixe an dem Wort. Bevor er sich zu der Sache äußert, protestiert er im Namen der kommunischen Fraktion gegen das

daß das Stadtsamt mit Schupo belegt ist

und fordert sofortige Zurückziehung der Polizeibefehle. Dann weiß er darauf hin, daß der Magistrat seine Position erheblich verschlechtert habe durch die mangelnde Initiative, durch Einberufung der Stadteverordneten-Versammlung. Erst der kommunische Antrag mußte diese Sitzung fordern, und so wurde der Eindruck erzeugt, als ob der Magistrat etwas zu verbergen habe. Die Einmündung einer nicht genügenden Orientierung können nicht als hauptsächlich anerkannt werden. In der Erklärung, die der Magistrat vor einigen Wochen der Öffentlichkeit ausgelegt ließ, läßt die Formulierung erkennen, mit der man die Ursachen der Verluste bezeichnet hat. Da war auf die unentgeltliche Einziehung der Wirtschaftslage hingewiesen worden. Wir kommunische haben immer wieder auf diese Unklarheiten hingewiesen und haben, das ist eine Bewertung nicht zu beuten ist. Was ist es anders, ein Märchen, wenn gesagt wird, daß die Verluste sich erst allmählich im Laufe der Jahre herausstellen werden? Das bedeutet einfach: wie nach uns die Sinnhaft. Genosse Rixe weist dann darauf

die Verhandlungsmanöver der Magistratsleitung

zurück. Es ist auch verständlich worden, die kommunische Presse an der Veröffentlichung der Tatsachen zu hindern, beziehungsweise die Ausnahmsicherung dieser Veröffentlichungen zu erreichen. Dann geht er auf die Verhandlungsmanöver ein, die die Magistratsleitung ergriffen hat, für die man nur Bohn und Justizwesen hatte. Als Genosse Rixe sich damals von den Dingen reden wollte, wurde er loar als Schändung hübscher Anteeilen bezeichnet. Nach ein bürgerlicher Stadteverordneter wurde gewonnen, was das geschäftlich auszugehen, daß im Sinne der Magistratsleitung. Der dort ist ebenfalls mit Warnungen zurückgewiesen worden.

Im Anschluß hieran merkt sich Genosse Rixe an, ein Ergebnis gegen diejenigen Leute, welche den Stadtbankrott begehren, um die Auflösung aller Kommunalbanken zu fordern. Kommunalbanken sind nach uns notwendig, aber sie müssen ihren eigentlichen Zweck ausgeübt werden

nämlich den kleinen Gewerbetreibenden, den Mittelständern Kreditmöglichkeiten zu gewähren.

Heute ist zugegeben worden, daß die Erklärung des Herrn Buße in der Februar-Sitzung objektiv falsch war, aber nach bestem Wissen abgegeben wurde. Wir glauben das nicht. Wenn es aber nicht mehr sein sollte, so kann ein Mann, der sich so lange erlaubte, liegt, erst recht nicht mehr auf diesem Posten bestehen. Wir werden Bürger allein abwideln. Die Verantwortung für solche Strafen fällt auf das Stadtsamt, jedenfalls nicht auf die Kommunisten. Dabei sind die Bestimmungen für die Führung von Kommunalbanken in der Hauptsache zu ändern. Es ist notwendig, daß der Stadtbankrott einwilligen, sondern die Weiterführung auf einer gesunden Basis fordern.

Wenn nun Magistratsleiter immer erklärt wird, daß man es mit den gesetzlichen Vorschriften genau nehmen müsse, wenn die gesetzlichen Vorschriften immer handstark gegen Kommunisten angewandt werden müssen, so ist im Sinne der Magistratsleitung eine politische (Politik) zu finden, bei der anderen Seite ungesunde Ueberzeugungen gelegentlich vorzufinden. Aber da es nicht anders kommen. Der Finanzverordneter, Bürgermeister und so auf, hier darüber zu sprechen, daß die gesetzlichen Vorschriften immerhin vorhanden sind. Dies ist nicht erfolgt, was deshalb nicht die Verantwortung auf Herrn Engelblond zu übertragen.

Was wäre gewesen, wenn ein Kommunischer Deputierter der Stadtbankrott gewesen wäre, und es würden 5 Millionen Mark Verluste eingetreten sein?

Ich glaube, man hätte sofort gefordert, daß er an die Wand gehängt würde. (Zurufe: Sehr richtig!) Man hätte nicht erst auf die Untersuchung gewartet, sondern sofort auf dem Amt gegen Genosse Rixe gehen, wenn ausreicht die Geschäftslage der Stadtbankrottverfahren ein und hebt an Hand von Einzelheiten immer wieder die Verantwortlichkeiten der Bürgerlofmeißer E. G. v. heroz. Engelblond aber bis heute noch nicht das Deputierte über die hiesigen Verhältnisse abgeben, sondern erst nach im Vorstand der Stadteverordneten der die Ueberwindung der Verluste übergeben werden sollen. Er geht auf die Verantwortung ein, welche Rixe und dem Magistratspräsidenten Gröhner zuzurechnen.

Ziffer 1 unseres Antrages war mit Bedacht gestellt worden.

Wir Kommunisten haben dem reaktionären Teil des Magistrats niemals Vertrauen entgegengebracht.

Aber die bürgerliche Seite hat alles Vertrauen in sich gesetzt, sie soll nun entscheiden, ob sie sich dem Vertrauen wieder erweihen darf. Wir sind die Stadtbankrott heute in den Händen von bürgerlichen Leuten, und solche Korruptionsoffiziere werden immer bestehen. So lange dieses korrupte kapitalistische System besteht. Der Magistrat hat heute die gesellschaftlichen Beziehungen der Stadteverordneten in der Hand. Wir fordern eine strengere öffentliche Kontrolle nach für die Stadtbankrott eingeleitet werden. Und dann muß heute das Urteil gesprochen werden über alle, die schuldig sind, und die die Stadt geschädigt haben.

★

Für den Ordnungsbild gibt Stadteverordneter Rixe eine Erklärung, die nach besten Wissen abgegeben wird. Die Erklärung ist nicht die und von der Empörung der öffentlichen Meinung befreit. Er geht auf die Verantwortlichkeiten des Bürgerlofmeißers Engelblond, hervor, kommt aber zu dem Ergebnis, daß man noch kein Urteil fällen könne und

beantragt, alle vorliegenden Anträge dem Rechts- und Vertiefungsausschuss zu überweisen.

(Diese Forderung liegt allerdings in fristlichem Gegebenheit zu meinen eigenen Meinung, daß nichts verschwiegen und vertuscht werden sollte. Dies ist ein Schritt, den die Kommunisten in der Verantwortung der Stadteverordneten prinzipiell ablehnen. Ein Antragsteller läßt sich nicht auf Paragrafen ziehen. (Zurufe: Rixe sei als Genosse der Mansfeld U.G.?) Die Stadtbankrottverfahren müssen alle so bald wie möglich verschwinden. Die Frage der sozialdemokratischen Fraktion ist Stadteverordneter Engelblond, eine Forderung in dem nächstfolgenden Ausschuss nach dem Mißtrauen auf das Oberbürgermeister Engelblond ausgesprochen werden soll. Da Engelblond sofort vom Amt suspendiert werden soll, wenn er sich nicht auf andere Weise absetzen kann. Gegen ihn auch freizeitleiche einschreiten werden nicht genügt. Es kommt auf persönliche Bemerkungen an, welche Herr Engelblond zu machen hat. Die SPD. lehnt es jedoch als Fraktion ab, sich mit dem Namen der einzelnen Kreditnehmer zu befassen. Dann geht er auf die sozialdemokratische Fraktion über. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Stellung in dem nicht öffentlichen Ausschuss erklärt. Durch die Protokollöffentlichkeit hat der Stadteverordneter Engelblond, eine Stellung in dem nicht öffentlichen Ausschuss. Nach einer nochmaligen Begründung des sozialdemokratischen Antrages ergriff

Stadteverordneter Starke das Wort und gibt eine Erklärung an dem Fall Bumentritt ab, in dem er selbst die Verantwortlichkeiten übernommen habe. Dann aber freisetzt Herr Starke die angelegentlichsten Bürgerlofmeißer und lehnt auch jede Zustimmung zu einem heute abzustimmenden Mißtrauensantrag ab. Zu Repräsentation

Gruppenkampf

Kommunistisches Organ

Für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Das „Rollenblatt“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: frei Haus monatlich 3,00 Mark; durch die Post bezogen 3,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Volkswirtschafts-Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.B.H., Halle, Postfach 114. Mangelapreis: 15 Pfennig für den Millimeter Größe und Größe; 70 Pfennig für Restteile im Zeitungsmasse; zu richten nach Halle, Postfach 114. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Konfession: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Vertriebsstelle: Postamt 1008 48 Jhr. Post. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 14. September 1926

6. Jahrgang + Nr. 216

Bewerkschaftsführer als Einseitiger der Großen Koalition Silverberg, der Triumphator

Zwei Parteien jagen nach Ministerstellen

Halle, 14. September.

Obgleich die Beschau des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden gezeigt hatte, ist es in den letzten Wochen dem Deutschen nicht ruhig geblieben. Durch den Mund der Großindustriellen Silverbergs wurden Rollen angeboten, die in der Spitze ihrer Wirtschaft, in der Politik, Ministerien zu erobern. Herr Silverberg warf seine Ängste aus. Er führte SPD. mit seinem Angebot, natürlich unter der Bedingung, die Nationalisierungsoffensive gegen die Arbeiterchaft weiter zu führen, die Sozialpolitik weiter abgebaut und das Unternehmertum mehr noch wie bisher die Regel in der Hand behalten zu lassen. Die Antwort dieses Angebotes ließ nicht lange auf sich warten. Die Deutschnationalen versicherten auf ihrem Montag in Köln immer und immer wieder, daß sie bereit seien, die Nationalisierung in der Regierung zu übernehmen. Schlangengängen, der auf dem wässrigen Flügel der Deutschnationalen, die sich eigens ein Referat, das lediglich auf den Tenor abgefaßt war: „Staat an den Staat“, „Staat an den Staat“.

Die größte Rolle nach etwas wegen des Völkervertrages, aber in Wahrheit, daß man als internationalen Vertrag ratifizieren will, und daß man, wenn man in der Regierung ist, nicht daran denkt, eine völkervertragsähnliche Politik zu betreiben. Die Rollen nach den Ministerstellen, die Jagd der Deutschnationalen, in der Regierung unterzukommen, unter Freigabe, was man früher einmal in Programmpunkten versprochen hatte, wird wirksam ergänzt durch die Politik der Nationalen SPD. und Gewerkschaftsinstruktionen, nachdem die Silverbergs heraus war. Jeden Tag gibt es neue Beispiele für Verführungen, das man selbst am besten in der Lage ist, Abendungen der Schwerindustrie zu erfüllen. Ein Kontrast mit den anderen aus. Wenn die Deutschnationalen auf ihrem Montag sich kritischer als das Zentrum gebären und dadurch Beweis liefern wollen, daß das Zentrum nur mit den Deutschnationalen in Schlußfragen zusammengehen könne, wenn aus den Verhandlungen zwischen Völkervertragsstreifen geworden sind, so muß die SPD, die sich in der Weise, daß sie sich für einen schnelleren Kontakt mit, wenn es gilt, die Forderungen unternehmerischer zu erfüllen. Die prominenteste der Gewerkschaftsführer verfahren nicht nur ihre freudige Bereitschaft für die Große Koalition, sondern auch in der Regierung befindlichen Sozialdemokraten bemühen sich, Beweis zu erbringen, daß sie wirklich im Sinne des Unternehmertums vollkommen zuverlässig sind. Mit einer Schamlosigkeit, die in der Geschichte der preussischen Regierung Brauhaus mit den Sozialdemokraten und erhielt dadurch den Beweis, daß die Sozialdemokratischen Schwärze. Keinen Fleißung den SPD. nur die erbliche Meinung der sozialdemokratischen Arbeiter gewesen sind, daß die sozialdemokratischen Forderungen nicht daran gedacht haben, daß diese Schwärze irgendeine Verpflichtung zu fühlte. Silverberg sah die Verdienste der SPD. in den ersten Jahren nach der Revolution, und schon beweist Gewerkschaft durch seinen Kasse-Erfolg, die die glänzenden Zeiten durchaus widerstreben können, wenn man nur von der Großindustrie getrennt wird.

Die Großindustriellen Silverbergs, einer der Manager des Reichsverbandes der deutschen Industrie, kann es sich leisten, abzuwarten, neue Angebote an sich herantragen zu lassen. Der treueste wird von Herrn Silverberg mit Regierungsposten betraut werden. Die Großindustrie triumphiert. An ihrer Spitze jappeln einmal zwei Parteien, die sich um die Gunst der Gewerkschaft bemühen.

Es werden die sozialdemokratischen Arbeiter durch die politischen Umstürzungen nicht betrachten. Aber es wäre verkehrter, wollten sie hoffnungslos beiseite stehen und darauf verzichten, den Kampf gegen die Sozialpolitik ihrer Parteien aufzunehmen. Im vorigen Winter haben die sozialdemokratischen Arbeiter zusammen mit den kommunistischen Arbeitern die Große Koalition verhindert. Das war ein Anfangsversuch, der es ermöglichte, den Volkswirtschaft in die Wege zu führen. Soll heute diese Gewerkschaft, die in sein Gegenteil umgekehrt werden, daß es den SPD-Anhängern gelingt, in der Großen Koalition unterzukommen? Nein, niemals! Über es geht nicht; nur, den Angriff auf die Arbeiterchaft, der in den Nationalisierungsbestrebungen der SPD. zum Ausdruck kommt, abzuwenden. Es gilt darüber hinaus die Kampfront zu schaffen, die einer rein bürgerlichen Regierung mit Beteiligung der Nationalisten entgegengekehrt werden kann. Das allein ist die politische Lösung. Das allein gibt die Aussicht, daß das Volk aus dem Kampf gemüht und seinem Gegner gewonnen ist. Der Angriff der Wirtschaft ist der Weg, der die Nationalen des belagerten Proletariats, der den wirtschaftlichen Nichten gibt, um einen Kampf erfolgreich aufzuführen. Der Konzentration des Kapitals, die Konzentration der Nationalen Massen unter einem einheitlichen Kampffeldprogramm aufzubringen, das ist das Gebot der Stunde.

Leipziger als Gast auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Wie das „Berliner Tageblatt“ nachträglich mitteilt, hatte das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie den ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipziger, zur Dresdener Tagung eingeladen. Leipziger hat in unmittelbarer Nähe Silverbergs die Rede mit „lichtlicher Begründung“ angehört. Es war das erste Mal, daß ein Vertreter der Gewerkschaften an einer Tagung des Reichsverbandes teilgenommen hat.

Durch diese Mitteilung wird nicht nur bestätigt, daß Silverbergs Rede eine maßgebende, politische Aktion des Reichsverbandes war, sondern es gewinnen nachträglich alle Meldungen von Geheimverhandlungen über eine neue Arbeitsgemeinschaft erhöhte Wahrheitsfähigkeit. Leipziger wußte, zu welchem Zweck er nach Dresden bestellt wurde, und die Herren vom Reichsverband wußten, wie die Führer des ADGB. zu der Einladung stehen.

Die Unterredung zwischen einem Redakteur des „Vorwärts“ und Theodor Leipziger über die Tagung des Reichsverbandes in Dresden, die auch das geistige „Wirtschaftsblatt“ veröffentlichte, beweist weiter, daß die maßgebenden Gewerkschaftsführer alles in Szene setzen, damit die Große Koalition zustande kommt.

Mit beiden Füßen in der Koalitionspolitik

Auf der Dresdener Industriellenkonferenz hat Silverberg die besondern Verdienste Goerz und Reigens herangezogen und an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften eine einladende Seite gemacht. Die Nachfolger Reigens, die Leute vom Bundesverband des ADGB, bemühen sich jetzt, zu beweisen, daß sie die wirtschaftliche Nachfolger des Arbeitgemeinschaftsführers Reigens sind und den Willen haben, den Wunsch des Herrn Silverberg zu erfüllen.

Ein Redakteur des „Vorwärts“ hat Leipziger, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, interviewt über die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Um es vorwegzunehmen: Leipziger ist für die Koalition. Leipziger ist für das Zusammenarbeiten von Unternehmern, Vertretern und Sozialdemokraten.

Zunächst einmal meinte Herr Leipziger, daß die republikanischen Redatoren des Einmorschers Ausdruck der republikanischen „inneren Ueberzeugung“ der Schwerindustriellen sind. Der Einfluß der Arbeiterchaft in Staat und Wirtschaft ist zu groß geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder befehlen könnten.“ Das ist kein Wis, sondern die ernstliche Ueberzeugung Theodor Leipzigers, der anschließend daran erklärte: „Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Unterstützung endlich erwarten durfte.“

Darin die Republik von den Unternehmern, die den Sozialdemokraten eine gewisse Unterstützung gekommen; haben gemangelt.“

Die Republik anerkannte die Unternehmung der Theodor Leipziger in Staat und Wirtschaft, ihr Koalitionspartner und die „ersten und Leipziger zu sein.“

Leipziger folgende Fragen: „Sind bei Zusammenarbeiten und wirtschaftlicher Aufsicht auf Gewerkschaften antwortete Leipziger: „Wenn ich auf diese Wirtschaften, die Freiheit für die praktische Arbeit ist.“

Die Sozialdemokraten können auch Leipziger als die Sozialdemokratie demokratischen Gewerkschaften ihre Auffassung in der Politik zu zeigen, daß sie mit der Weltwirtschaft zusammen kommen sollten sie nicht auf wieder einmal die Form der Koalitionsgewerkschaft anwenden. Die Gewerkschaften — hier: die Gewerkschaften Führer — haben oft genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen.“ Sie stehen mit beiden Füßen in dieser kapitalistischen

Die Wandlung



Wenn der Prolet nicht zum Silverberg kommt. —



Kommt der Silverberg zum Proleten.

Dieses Bild wurde am 8. September im „Kollektiv“ veröffentlicht. Es soll die Wandlung der Schwerindustrie vorstellen, die es den Arbeitern ermöglichte, mit den Unternehmern zusammen in eine Regierung zu gehen. Der „Kollektiv“ aber veröffentlichte noch am 7. September durch den Mund des linken Schwärze: „Die Koalition ist ein Schritt zum nächsten Schritt der Partei endgültig überwinden zu sein.“

Die Wirtschaft und weil sie darin stehen und ihre Politik danach ist, müssen sie mit beiden Füßen in der Koalition sein, vom Kopf bis zum Fuß Koalitionspolitik treiben.

Das bestellte Frage- und Antwortspiel zwischen Leipziger und dem „Vorwärts“-Redakteur erschien in der Nummer des „Vorwärts“ vom letzten Sonntag auf derselben ersten Seite mit einem Artikel, der für die Werbeweise der Gewerkschaften Propaganda macht. In fast zynischer Weise bezeichnet der „Vorwärts“ die Propagandamasche für die Gewerkschaften. Silverberg hatte bekanntlich in seiner Rede davon gesprochen, daß die Gewerkschaften manch unerwünschten Zuwachs durch die Revolution erfahren haben und daß auch die Reinigungsdirektoren, in der wir uns heute befinden, hier nicht haltmachen soll. Wir als Kommunisten werden erst recht dafür sorgen, daß die Werbeweise ausgenutzt wird, damit der von den Kapitalisten „unerwünschte Zuwachs“ größer wird, und daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht nur zahlende Mitglieder bleiben, sondern lernen gegen die kapitalistischen Vertreter in ihren eigenen Reihen zu kämpfen und so die Gewerkschaften auszugestalten zu Klassenkampfformen.

Peter Grafmann leitartikel im „Vorwärts“ Mit Bolddampf zur Großen Koalition

(Sig. Draht) Berlin, 14. September.

In einem Artikel „Gewerkschaft und Staat“ im heutigen „Vorwärts“ fordert Peter Grafmann die Arbeiter, das Mitbestimmungsrecht in der Führung der Wirtschaft zu verlangen, indem er die Rede Silverbergs heranzieht: „Man wird sich alle mit der Arbeiterchaft verständigen, sich ihrer Mitwirkung versehen, wenn man den Worten „Arbeitsgemeinschaft“, „Schicksal, gemeinsamer Leben und Inhalt gemein, wenn man Volk und Sozialbetreffern Lagen entgegenführen will.“

colorchecker CLASSIC

xrite			
1	2	3	4
5	6	7	8
9	10	11	12
13	14	15	16
17	18	19	20
21	22	23	24
25	26	27	28
29	30	31	32
33	34	35	36
37	38	39	40
41	42	43	44
45	46	47	48
49	50	51	52
53	54	55	56
57	58	59	60
61	62	63	64
65	66	67	68
69	70	71	72
73	74	75	76
77	78	79	80
81	82	83	84
85	86	87	88
89	90	91	92
93	94	95	96
97	98	99	100
11cm			